

Nicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 M. übersteigenden Jahresarbeitsverdienst erstreckt werden kann. In diesem Falle ist bei der Feststellung der Entschädigung der volle Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen.

Abg. C. v. d. L. befürwortet den vom Abgeordneten Dr. Barth und S. Nossen gestellten Antrag, dem § 2 folgenden zweiten Absatz hinzuzufügen:

„Unternehmer der nach § 1 versicherungspflichtigen Betriebe sind berechtigt, sich nach Maßgabe dieses Gesetzes mit einem Jahresverdienst bis zu 2000 M. zu sichern.“

Unter Ablehnung dieses Antrages werden die §§ 2 und 3 in der Fassung der Kommissionsvorlage angenommen, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Uebereinkunft mit den Niederlanden betr. den Schutz des geistigen Eigentums, Unfallversicherungsvorlage.

Schluss 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Juni. Es ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß auf das ernstlichste an der Wiederherstellung der umstürzten schutzöllnerischen Koalition gearbeitet wird, welche vor fünf Jahren den jetzt geltenden Zolltarif zu Grunde gebracht hat; nur daß diesmal die Initiative, welche 1879 von den Industriellen ausgegangen war, von den Agrariern ergriffen worden ist, obgleich dieselben bis zu diesem Augenblicke offiziell mit ihren Forderungen noch nicht aufgetreten sind, sondern das Gesicht durch eine inuirtell-schutzöllnerische Pänkelei haben eröffnen lassen; der Schutzplan ist nichtsdestoweniger vollkommen durchsichtig. Die im Bundesrath ursprünglich eingebrachte Vorlage über die Zollerböschung für Champagner, Spitzen und dergl. hat nur einen Rahmen abgegeben, dessen Vervollständigung seitens der Reichsregierung bequem rechtfertigen ließ, weil man für die höhere Belastung derartiger Luxusartikel immer bei der großen Menge auf eine gewisse Sympathie rechnen kann; die Hauptsache sollten und werden aber diesmal in jedem Betracht die Amendements sein. Schon das im Bundesrath eingebrachte betreffs der Erhöhung der Kornzölle übertrifft an Bedeutung bei weitem die Gesamtheit der ursprünglichen Vorschläge und im Reichstag wird alsbald der konvokations-klerrale Antrag auf Erhöhung, und zwar mindestens Verdoppelung der Kornzölle folgen. An der Zustimmung der Regierung zu derselben besteht nicht der geringste Zweifel — hat Fürst Bismarck doch erklärt, daß er jeder Zollerböschung zustimme und jeder Zollberabsetzung widerpreche. Aber der gewählte modus procedendi hat für die Regierung den großen Vorzug, daß dieselbe einen Vorschlag, wie die Erhöhung der Kornzölle, nicht zu begründen braucht, wie sie es müßte, wenn sie selbst ihn machte: sie wird nur eventuell einem Beschluß des Reichstags Folge geben und auf diese Weise sogar einem Theil des gerade mit dieser Zollerböschung verbundenen Diums entgegen, während sie im Falle der Ablehnung des Antrags seitens des Reichstags sich keine Niederlage zuzieht. Es fragt sich, wie es in letzterer Beziehung steht. Der Versuch, eine ähnliche Interessen-Koalition außerhalb des Parlaments zu Stande zu bringen, wie sie 1879 die Vortrügung des Tarifs bewirkte, wird in Folge der wiederholt im jetzigen Reichstag gemachten Erfahrung, daß vereinzelte schutzöllnerische Anträge in demselben nicht durchzusetzen sind, unternommen: es soll die Wucht so starker kombinierter Interessen auf den Reichstag wirken, daß dem neuen schutzöllnerischen Vorgehen das Schicksal der Vorlage wegen Erhöhung der Holz- oder des Antrags auf einen Schieferzoll eripart bleibe. Gelingt es eine solche Koalition zu Stande zu bringen, so hat man noch eine ganze Anzahl Amendements zu erwarten, so daß die Vorlage wegen Zollerböschung für Spitzen, Champagner, Ultramarin u. schließlich sich wie eine allgemeine Revision des Zolltarifs ausnehmen würde. Vorderhand ist indes noch daran zu zweifeln, daß dieses Ziel erreicht wird. Der bei weitem mächtigste Faktor der Koalition von 1879, die Eisenindustrie, ist allem Anschein nach für die neue Koalition nicht zu haben, da man Angesichts der in dieser Industrie herrschenden Ueberproduktion keine neuen Zollerböschungen zu wünschen scheint; um so weniger wird man sich in den leitenden Kreisen der Eisenindustrie über die Gefahr täuschen, welche für diese, wie für jeden anderen großen Industriezweig, im Falle einer beständig möglichen, natürlichen Steigerung der Getreidepreise aus dem Benehen erheblicher Getreidezölle sich ergeben würde. Auch zahlreiche andere Industrien sind durch den Tarif von 1879 befriedigt und fürchten von abermaligen Erhöhungen einen Rückschlag; so wird es wohl nicht gelingen, eine ähnliche Situation, wie 1879, zu schaffen, aber die Möglichkeit einzelner Erhöhungen besteht trotzdem.

Ein parlamentarischer Korrespondent der „Nat. Ztg.“ glaubt mit Bestimmtheit versichern zu können, daß der Kaiser dem Wunsch des Fürsten Bismarck, von dem Posten des preussischen Ministerpräsidenten entlassen zu werden und diesen Posten eingehen zu lassen, nicht entsprochen habe; es werde in dieser Beziehung keine Aenderung eintreten. Derselbe Korrespondent berichtet, daß mit der Wiederbelebung des Staatsraths eine Mehrbelastung des preussischen Staatshaushalts verbunden sein und die nächste Landtagsession daher mit der Staatsraths-Angelegenheit befaßt werden wird.

Dem Vernehmen nach ist auch der Bischof von Fulda zum Mitgliede des Staatsraths ernannt worden. Die „Börse Ztg.“ nennt ferner Herrn Geh. Rath Mendelssohn als Mitglied des Staatsraths. Das Anschreiben, welches den betreffenden Herren die erfolgte Berufung anzeigt, ist unterzeichnet: Der Vizepräsident des Staats-Ministeriums, v. Puttkamer.

Im Reichstage erwartet man die Beendigung der Verhandlung des Unfallversicherungsgesetzes bis Freitag. Der vom Abg. Buhl angekündigte Antrag bezüglich der Privatversicherung ist anscheinend die Wiederholung des Antrags Freiten die Rückversicherung der Genossenschaften bei Privatgesellschaften zuzulassen.

Die Gesetzentwürfe betr. die Abänderung des Zolltarifs vom 15. Juli 1879 und betr. die Besteuerung des Zuckers sind dem Reichstag zugegangen; der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Reichsstempelsteuergesetzes wird in einigen Tagen nachfolgen. In Folge einer Anregung des Abg. Richter hat der Präsident die Berufung des Seniorenkonzils zugelassen, welches sich über die Geschäftslage bezw. über die Möglichkeit der Erlebigung der dem Reichstage gemachten Vorlagen schlüssig machen soll.

Die Budgetkommission ist für Dienstag zur Verhandlung der Postdampfervorlage berufen.

Am gestrigen Tage war, wie die „Börs. Ztg.“ hört, der Geh. Kommerzienrath Mendelssohn zu einer Unterredung zu dem Reichskanzler Fürsten Bismarck berufen worden, bei welcher es sich in erster Reihe um eine Besprechung des neuen Stempelsteuer-Gesetzentwurfs handelte. Bemerkenswerth ist, daß der Reichskanzler erklärte, er lege nur geringen Werth auf die Annahme des Gesetzes und glaube auch kaum, daß dasselbe noch in dieser Session zur Erlebigung gelangen werde. Befremdlich erscheine es ihm jedoch, daß gerade von Seiten kommerzieller Kreise ihm bei jeder Gelegenheit so heftige Opposition entgegengebracht werde.

Der Wahlkampf im Wahlkreise Lüben-Bunzlau ist unter für die Freisinnigen höchst ungünstigen Umständen erfolgt, so daß dieselben ihre Hoffnungen nicht weiter ausdehnten, als daß sie ihren Kandidaten in die Stichwahl bringen würden. Das Resultat ist aber so über alles Erwarten gut ausgefallen, daß man dasselbe unter diesen Umständen als einen glänzenden Sieg bezeichnen muß. Bezeichnend für diese Wahl ist besonders, daß die freisinnige Partei siegte, obgleich ihre Gegner unter der falschen, von ihnen aber als verlockend betrachteten Flagge einer gemäßigten Mittelpartei kämpften. Es war dabei besonders auf die Gewinnung der früheren Nationalliberalen abgesehen. Nur im Kreise, wie namentlich in der Stadt Bunzlau, scheint, wenn man die jetzigen Ergebnisse mit den früheren vergleicht, ein Theil der nationalliberalen Wähler für den konservativen Kandidaten gewonnen zu sein. Im Kreise wie in der Stadt Lüben ist aber das Resultat ein derart günstiges, daß man annehmen muß, daß alle hier früher nationalliberalen Stimmen sich von vornherein mit den Freisinnigen vereinigt haben. Erfreulich ist besonders, daß der Sieg in einem reichlich zu $\frac{3}{4}$ ländlichen Wahlkreise erfolgt ist, und daß in demselben die zuerst aufgelegene Fahne der Verdreifachung der Getreidezölle von den Konservativen zum Schluß eingezogen wurde, weil sie ihnen nicht Vortheil, sondern Nachtheil gebracht hatte. Die freisinnige Partei darf mit dem ersten Wahlkampf, den sie als solche gehabt, wohl zufrieden sein.

Münchberg, 15. Juni. An dem nationalliberalen Parteitag, welcher heute unter dem Voritze des Abg. Dr. Wieland hier abgehalten wurde, nahmen 800 Personen Theil. Die angenommenen Resolutionen schließen sich an die Heibelberger und Berliner Erklärungen an. Es wurde ein Landesauschuß gewählt und konstituiert und damit eine „Rechtsrheinische bayerische nationalliberale Partei“ gebildet.

Wien, 16. Juni. Der „Polit. Korresp.“ zufolge haben die Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland auch der serbischen Regierung offiziell ihre guten Dienste in dem Konflikte mit Bulgarien angeboten. Die serbische Regierung habe dieses Anerbieten dankend angenommen.

Wetzlar, 16. Juni. Soweit bis jetzt bekannt sind gewählt: 182 Liberale, darunter der Finanzminister Graf Szapary und der Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten v. Baroz, 51 Kandidaten der gemäßigten Opposition, 57 Unabhängige, 12 Kandidaten der nationalen Partei, 14 Antisemiten und 10 keiner bestimmten Partei Angehörige.

Madrid. In der Marokkanischen Frage beginnt sich jetzt auch Spanien zu regen. Wie dem „Standard“ aus Wien gemeldet wird, hat das Madrider Cabinet Unterhandlungen mit Italien, Deutschland und England anknüpft, um eine gemeinsame Aktion anzubahnen. Der Groß-Sheriff, der jüngst das französische Bürgerrecht erwarb und sich unter französischem Schutz stellte, soll beabsichtigen, einen Aufstand gegen den Sultan zu organisieren und so der französischen Intervention den Weg zu bahnen. Spanien will nun diesen angeblich von dem französischen Gesandten M. Orbege geplanten Intriguen wirksam entgegen arbeiten, weshalb es sich der Mithilfe der Mächte zu versichern sucht. — In Italien bewegt die Marokkanische Frage stark die Gemüther, man spricht davon, Mancini, des Ministers des Aeußeren Stellung soll erschüttert sein; die Gerüchte über eine Flottendemonstration werden offiziös dementirt.

London, 16. Juni. Im Oberhause erklärte der Staatssekretär für Indien, Earl of Kimberley, daß die Unterhandlungen mit Frankreich jetzt zu einem Abkommen geführt hätten, das den übrigen Mächten sofort mitgetheilt werde. Dem Parlamente könne er eine Mittheilung darüber nicht eher machen, bis die Mächte Gelegenheit gehabt hätten, das Arrangement zu erwägen. Voraussetzlich werde die Mittheilung an das Parlament am nächsten Montag erfolgen. — Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär Lord Fitzmaurice, der Konsulargehilfe Egerton habe heute telegraphirt, daß die Generale Wood und Stevenson die Nachricht von dem Falle Berbers jetzt für richtig halten. Ferner theilte der Unterstaatssekretär mit, daß die Unterhandlungen mit Portugal in Betreff des Kongo-Vertrages noch fortbauerten. Der Premier Gladstone gab in Betreff der Unterhandlungen mit Frankreich Erklärungen ab, welche denjenigen des Earl of Kimberley im Oberhause entsprachen.

Unterdessen gestaltet sich die Situation in Egypten immer kritischer. Der Fall von Berber ist zur thatsächlichen Gewißheit geworden. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Korosko unterm 13. d. M., daß er mit dem Sohne des Gouverneurs von Berber und einem Araber gesprochen,

welcher behauptet, der einzige Ueberlebende der Garnison von Berber zu sein. Der Araber schätzt die Zahl der Rebellen auf 45 000. Der Gouverneur, Hussein Pascha Khalifa, wurde verwundet und grausam behandelt. Der Mahdi soll mit 35 000 Mann auf Dongola marschiren, welches er noch vor dem 25. Juni einzunehmen hofft. Fällt aber Dongola, so ist nach dem Urtheile genauer Kenner der ägyptischen Verhältnisse die Invasion Egyptens unvermeidlich. In der „Times“ wird in dieser Beziehung auf das „maßgebende“ Urtheil des Majors Ritchener Bezug genommen. Derselbe äußerte sich, wie folgt:

„Ich glaube, daß eine Invasion Egyptens unvermeidlich ist, wenn Dongola fällt. Dies würde nach dem Ramadan geschehen. Ich würde keine Anstrengung sparen, um Dongola zu halten, da andernfalls der Mahdi in Egypten einbringen kann, ohne Ahsan zu berühren, wo überdies die Vertheidigung sehr schwer sein würde. Der Mahdi hat erklärt, er wolle seine nächste Pilgerfahrt nach Mekka von Kairo aus antreten.“ Major Ritchener fügte hinzu: „Ich finde die Lage weit kritischer, als ich bei meiner Ankunft glaubte. Wenn die britischen Truppen nach Suakin und Berber gehen, so können sie Khartoum etwa in derselben Zeit erreichen, wo der Mahdi von Kairo erscheint. Die britischen Truppen sollten diese Route einschlagen. Wenn angekündigt würde, daß mir britische Truppen nachfolgen, könnte ich mich nach Abu-Gamed begeben; im anderen Falle kann ich dies nicht thun.“

Der politische Fehler, den sich England von vornherein in der Unterschätzung der Bewegung im Sudan hat zu Schulden kommen lassen, würde durch diese angeedeuteten Konsequenzen grell illustriert werden.

London, 13. Juni. Im Osten von London wurde am Mittwoch Abend eine Massenversammlung von Arbeitern abgehalten, welche den Zweck hatte, gegen das ausländische Zuckerpriämien-system zu protestiren und dessen nachtheilige Wirkungen auf Englands heimische und koloniale Industrie darzutun. Das Meeting war von dem nationalen Arbeiterverbande für die Abkämpfung der ausländischen Zuckerpriämien einberufen worden. Der Lord-Deputirte Ritchie (Vertreter des londoner Wahlbezirks Tower Hamlets), welcher den Vorsitz führte, wies in seiner Ansprache auf die beklagenswerthe Lage der englischen Zuckerindustrie hin und behauptete, daß fast sämtliche Zuckersfabrikanen in England mit starkem Verluste arbeiteten. Die Zuckerplantagenbesitzer in Indien könnten nicht länger mit dem ausländischen Rübenzucker konkurriren und wenn die Regierung nicht unverzüglich Schritte thue, um dem Uebel abzuhelfen, müßte die Zuckerindustrie im Inlande gänzlich zu Grunde geben. Ein anderer Redner, Mr. G. Potter, der sich als Freihändler bezeichnete, betonte die Nothwendigkeit für eine sofortige Opposition gegen das Priämien-system und erwähnte beiläufig, daß der Konium von Rübenzucker in England seit 1862 um 45 Proz. gestiegen sei. Die Einfuhr von Viktorienzölle wurde allgemein als das beste Mittel bezeichnet, dem Priämien-system Deutschlands und Frankreichs wirksam entgegenzutreten. Schließlich wurden einige Resolutionen sensationeller Natur gefaßt gegen die „fortgesetzte Verdrängung britischer Arbeiter durch das schändliche Priämien-system des Auslandes“ und das „unpatriotische Verhalten des britischen Handelsamtes, welches fremden Staaten gestattet, den britischen Arbeiter zu Grunde zu richten.“

London, 14. Juni. Die größten Vorsichtsmaßregeln wurden während der letzten Tage getroffen, um die Regierungsgebäude in Whitehall (London) vor den Gewaltthaten der Dynamitverächter zu schützen. Eine dunkle Passage, die zu dem rückwärtigen Eingange des auswärtigen Amtes führte, wurde vermauert und ebenso der Eingang zu dem Untergeschoße im Schatzamte mit Holzwerk verbarrikadirt. Die sämtlichen Regierungsgebäude sind Tag und Nacht von einer Kette von Wachtposten umschlossen. — In der Nähe von Plymouth fand am Donnerstag ein Knabe eine Bleibdose am Meeresufer. Er hob dieselbe auf, warf sie aber auf den Rath eines Mannes wieder in das Wasser. Die Dose traf dabei eine Mauer, und als sie in das Wasser fiel, fing ihr Inhalt mit einer röhrenden Flamme zu brennen an. Es war eine Art griechischen Feuers, und der Fund hat, da er in der Nähe mehrerer vor Anker liegender Kriegsschiffe geschah, großes Aufsehen erregt. Eine strenge Durchsuchung des Hafens wurde angeordnet, da man glaubt, daß es sich um ein feines Attentat handelt.

New-York, 13. Juni. Die Kongo-Frage, insofern sie die Anerkennung der Flagge der „Afrikanischen Gesellschaft“ durch die Vereinigten Staaten betrifft, bildet den Gegenstand bitterer Erörterungen zwischen den zwei großen New Yorker Blättern „Tribune“ und „Herald“. Ersteres Blatt erhob gegen die Bundesregierung den Vorwurf, sie habe voreilig gehandelt, indem sie jene Anerkennung aussprach. Der „Herald“ aber nimmt die Regierung in Schutz und sagt, dieselbe habe sehr Recht gethan, als sie, im vollsten Einvernehmen mit dem Senat, die erste Gelegenheit ergriff, dem Kongo-Gebiet den Stempel der Neutralität und der Handelsfreiheit für alle Völker aufzubringen, so zwar, daß jeder Rechtsnachfolger der „Afrikanischen Gesellschaft“ in ihren Besitzungen am Kongo, Dank der weisen und beschleunigten Handlungsweise der Unionsregierung, an diese Cardinal-Grundsätze gebunden sei. Der „Herald“ (dessen einstiger Mitarbeiter Stanley Kandidat um die Präsidentschaft des neuen Kongo-Freistaates ist) wirft der „Tribune“ vor, sie würde es gern sehen, wenn die großen, unausgebeuteten Kongo-Regionen einer Nation (Frankreich) zufielen, an welche dann Amerika für seine Erzeugnisse Zoll zahlen müßte, während dieses selbst doch, im Hinblick auf Stanley's Entdeckungsreisen mehr Anspruch als jedes Land auf den Kongo hätte.

Locales und Provinzielles.

Polen, 17. Juni.

d. [Von dem Verlaufe der Frohleichnamsperegrinationen] am Sonntage ist der „Kurjer Poin.“ sehr befriedigt und sagt:

„Mit Anerkennung verzeichnen wir es, daß während der feierlichen Zeremonien an den vier Altären Niemand auf dem Trottoir vor den Altären ging, wie dies in früheren Jahren geschah, wo wir Zeugen waren, wie Personen mit Mützen auf dem Kopfe und mit Zigarren im Munde vorübergingen. Es scheint, daß sowohl für Katholiken, als auch für Andersgläubige und die Polizei solche Achtung des öffentlichen Gottesdienstes weit vortheilhafter ist, als die frühere Gehe und das Anreizen mit Verden. Auch das Militär hatte wohl den Befehl erhalten, in Nichts die Gefühle der katholischen Bevölkerung zu verletzen. Die Katholiken verstehen es, diese Rücksichtnahme der Behörden zu schätzen und sind für dieselbe aufrichtig dankbar.“

d. Besitzveränderung. Das Grundstück SchulstraÙe 9, bisher dem Anwohner Gabebuch gehörig, ist für 42 000 M. in den Besitz des Schuhmachermeisters Barber übergegangen.

Wollmärkte.

Stettin, 16. Juni. Die Zufuhren zu dem heute hier stattfindenden Wollmarkt sind nur klein. Die Wäsche ist befriedigend aus-

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich. Ansehend beeinflusst von dem wenig freundlichen Wetter nahm der heutige Markt für alle Artikel festen Verlauf.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 141-155 nach Qualität, Lieferungsqualität 146 Mark, russischer 146 Mark ab Boden bezahlt.

inkl. Saft per diesen Monat, Juni-Juli und Juli-August 20-20,10 August-September - Mark bezahlt, September-Oktober 19,95-20,05 bez.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Juni. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung, jedoch mit etwas ermäßigten Coursen, die geschäftlichen Umsätze waren auf allen Gebieten höchst unbedeutend.

Auf dem Markte der internationalen Spielwerthe entwickelte sich einiges Geschäft in Kreditaktien, die unter ihren Eröffnungscours herabgingen.

Der Bankenmarkt hielt sich im Allgemeinen ziemlich fest, Disconto und Deutsche Bank waren etwas ermäßig, der Umsatz nicht bedeutend.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Anleihe, Staats-Papiere, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Eisenbahn-Obligationen, Bank-Aktien, Industrie-Aktien. Includes various financial instruments and their prices.